mationsempfänger bei der Kriminalitätsvorbeugung' geführt.¹²¹

Die guten Ergebnisse dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Informationen in manchen Fällen keine Aktivitäten auslösten, sondern von den Empfängern als gewissermaßen „unverbindlich“ zur Kenntnis genommen wurden. Um eine höhere Effektivität, einen höheren Grad der Verbindlichkeit der verdichteten Informationen zu erreichen, war es also erforderlich, sie mit Maßnahmen der Gesetzhkeitsaufsicht zu verknüpfen. Folgendes Beispiel soll das verdeutlichen:

Verdichtete Informationen des Staatsanwalts des Kreises Arnstadt zu Problemen der Jugendkriminalität im Sommer 1970 und Februar 1971 hatten den Zusammenhang zwischen sozialer Fehlentwicklung jugendlicher Täter und ihrer Straffälligkeit nachgewiesen. Mit diesen Informationen waren in der Stadt und im Kreis Arnstadt zwar Aktivitäten der Erziehungsberatungsgruppen an den Schulen ausgelöst worden, jedoch konnte die mehrfach gerügte Untätigkeit der Jugendhilfekommissionen damit noch nicht überwunden werden. Eine verdichtete Information vom September 1971 machte deutlich, daß zwischen den Erziehungsberatungsgruppen und dem Referat Jugendhilfe eine Lücke klaffte, so daß eine wirksame Betreuung straffällig gewordener Jugendlicher und gefährdeter Familien erschwert wurde. Mit der Übersendung dieser verdichteten Information an den Rat der Stadt wurde nach § 38 StAG wegen Verletzung des § 11 Abs. 1 der VO über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Jugendhilfe (JHVO) vom 3. März 1966 (GBl. II

S. 215) Protest eingelegt. Die verdichtete Information wurde zur Begründung des Protestes mit herangezogen.

Der Rat der Stadt Arnstadt setzte sich in einer Beratung mit beiden Dokumenten des Kreisstaatsanwalts gründlich auseinander und nahm einen Maßnahmenplan an, der die etappenweise Bildung der Jugendhilfekommissionen und ihre Qualifizierung festlegte. Gleichzeitig versuchte der Rat mit diesem Beschluß eine Reihe anderer Probleme der Verwirklichung der Jugendpolitik im Interesse der Kriminalitätsvorbeugung zu lösen.

Die Praxis zeigt, daß verdichtete Informationen nicht bei der Aufzählung allgemeiner Mängel, Schwächen und Widersprüche stehenbleiben dürfen. Durch einen Vergleich der tatsächlichen Feststellungen mit den gesetzlichen Anforderungen müssen konkrete Leitungsmaßnahmen im jeweiligen Bereich angeregt werden. Indem der Staatsanwalt positive wie negative Erfahrungen aus der Kriminalitätsbekämpfung verdichtet und den zuständigen Leitungsorganen diese verdichteten Informationen übermittelt, mobilisiert er die betreffenden Leitungen zur Kriminalitätsvorbeugung, lenkt er sie darauf hin, gewissermaßen selbst die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze auszuüben.

Zur Verantwortung der Staatsanwaltschaft gehört es, bei der Erarbeitung verdichteter Informationen auch die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im jeweiligen Problemkomplex einzuschätzen. Bei einer Analyse von Erscheinungen der Asozialität ist z. B. zu beurteilen, wie die VO über die Aufgaben der örtlichen Räte und der Betriebe bei der Erziehung kriminell gefährdeter Bürger vom 15. August 1968 (GBl. II S. 751) verwirklicht wird. Werden bei der Analyse Gesetzesverletzungen festgestellt, dann muß der Staatsanwalt Protest einlegen oder andere geeignete Maß-

¹²¹ Über die Wirkung einer verdichteten Information des Staatsanwalts des Bezirks Erfurt zu Problemen der Jugendkriminalität berichteten Goldenbaum / Sander, „Festigung der sozialistischen Gesetzhkeitsaufsicht auf dem Gebiet der Jugendpolitik — Erfordernis der Vorbeugung der Jugendkriminalität“, NJ 1971 S. 284.

nahmen zur Beseitigung der Gesetzesverletzung ergreifen. Ergeben sich lediglich Anhaltspunkte für Verletzungen der Gesetzhkeitsaufsicht, dann wird vom Untersuchungsverlangen Gebrauch zu machen sein.¹³¹ Die in einer verdichteten Information enthaltenen Feststellungen können auch Grundlage für Disziplinar- oder Ordnungsstraf verlangen oder — wenn es sich um Ursachen und Bedingungen der Kriminalität ohne die Qualität von Gesetzesverletzungen handelt — für Maßnahmen nach den §§ 18, 19 StPO sein. So führte z. B. eine an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Arnstadt gerichtete Empfehlung nach § 19 StPO, die sich auf die oben erwähnte verdichtete Information zu Problemen der Jugendkriminalität stützte, zu einer Problemdiskussion über Fragen des Zusammenwirkens staatlicher Organe und gesellschaftlicher Organisationen bei der Bekämpfung und Verhütung der Jugendkriminalität; im Ergebnis dieser Diskussion wurden konkrete Maßnahmen getroffen.

Die in Arnstadt gesammelten Erfahrungen haben sich auch in anderen Kreisen bewährt. So arbeitete der Staatsanwalt des Kreises Sondershausen in einer verdichteten Information über die Alkohol- und Rückfallkriminalität sowie über die strafbare Asozialität heraus, daß die zögernde Durchsetzung der VO über die Aufgaben der örtlichen Räte und Betriebe bei der Erziehung kriminell gefährdeter Bürger vom 15. August 1968 in einigen Städten und Gemeinden die Kriminalität begünstigte. Diese Information diente als Grundlage für eine Maßnahme der Gesetzhkeitsaufsicht, die an den Rat des Kreises gerichtet wurde. Im Ergebnis der daraufhin vom Rat ergriffenen Maßnahmen hat sich die Einwirkung auf kriminell gefährdete Bürger wesentlich verbessert, wurde die persönliche Verantwortung der Bürgermeister erhöht und die Erfassung und Betreuung der Gefährdeten vervollkommen. Die vom Rat des Kreises eingeleiteten Maßnahmen haben wesentlich zur vollständigen Durchsetzung des Beschlusses des Kreistages zur Zurückdrängung der Kriminalität und zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit im Kreis beigetragen.

Für staatsanwaltschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit verdichteten Informationen gilt uneingeschränkt die Anweisung Nr. 4/72 des Generalstaatsanwalts der DDR — Methodische Anleitung zur Anwendung der Maßnahmen nach §§ 38 bis 42 StAG — vom 1. Juli 1972.¹⁴ Sowohl die verdichtete Information als auch die Aufsichtsmaßnahme sind selbständige Dokumente staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit. Sie können nicht miteinander verschmelzen. Die verdichtete Information ist eine in der Regel für mehrere Adressaten bestimmte Mitteilung, deren Inhalt für alle Empfänger Bedeutung hat, wobei die einzelnen Passagen für die verschiedenen Empfänger von differenziertem Wert sein werden. Die jeweilige Aufsichtsmaßnahme hingegen richtet sich immer an einen bestimmten Adressaten, in dessen Verantwortungsbereich eine Gesetzesverletzung vorliegt. Die Aufsichtsmaßnahme muß selbständig, auch ohne die verdichtete Information, von bestimmtem Aussagewert sein und die Anforderungen der Anweisung Nr. 4/72 erfüllen. Ihre Übersendung zusammen mit der verdichteten Information als Anlage vermag jedoch den Mitteilungswert wesentlich zu erhöhen, stellt den Protest z. B. in den größeren Zusammenhang, macht die oft weitreichenden Auswirkungen der kritisierten Rechtsverletzung deutlich und erlaubt die Abfassung eines kurzen, prägnant formulierten Protestes, der zur Ergänzung auf die beigefügte Informa-

¹³¹ Vgl. F. Müller, Kriminalitätsvorbeugung und Gesetzhkeitsaufsicht, Berlin 1971, S. 72 ff., zu Art. 3 StGB als selbständigen Gegenstand der Gesetzhkeitsaufsicht.

¹⁴ Mitteilungen des Generalstaatsanwalts der DDR 1/2 — 3/72